

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 40

Köln, den 3. Oktober 1930

31. Jahrg.

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Monat um Monat, Vierteljahr um Vierteljahr gehen dahin und bringen statt der erhofften Verminderung eine Vermehrung der Arbeitslosen. Mitte September wurden in Deutschland 2 983 000 Arbeitslose gezählt, heute wird bereits die dritte Million überschritten sein. Jeden Tag melden die Zeitungen neue Massenentlassungen und Betriebsstillegungen. Zu den Arbeitslosen kommt dann noch die große Zahl der Kurzarbeiter.

Ende August betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung nach einer vorläufigen Zählung rund 1 947 000; dazu kommt dann noch ungefähr eine halbe Million, die Wohlfahrtsunterstützung beziehen. In der Holzindustrie wurden schon im Juni auf 100 offene Stellen über 2500 Arbeitsgesuche gezählt.

Es ist geradezu erschütternd, wenn man sich die Bedeutung dieser Zahlen vergegenwärtigt und doch gibt es noch sehr viele Menschen, die an diesen Zahlen vorbeisehen, als ob sie nicht viel zu bedeuten hätten. Dabei sagen uns die Arbeitslosenziffern des letzten Jahres mit einer Deutlichkeit, daß wir uns in einer furchtbaren Krise befinden, die zu einem großen Verhängnis für Volk und Vaterland sich auswirken kann, wenn wir ihrer nicht Herr werden.

Daß diese Krise sich nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf eine Reihe anderer Länder erstreckt, ist für die Arbeiterschaft sicher kein Trost; im Gegenteil wird die Weltkrise die Arbeiterschaft viel schwerer treffen, als wenn es sich nur um eine deutsche Krise handeln würde. Die Weltkrise wird, wie wir das schon erleben, von größerer Wucht und von längerer Dauer sein wie die vorhergegangene Krise. Um so mehr haben alle, die dazu berufen sind, die heiligste Pflicht, sich an dem Feldzuge gegen die Krise und deren Folgen zu beteiligen.

Die deutsche Regierung versucht mit großzügigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Krise wenigstens in etwa zu begegnen; indes kann die Regierung die Krise allein nicht bändigen. Die von der Regierung getroffenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, deren Großzügigkeit sicher anerkannt werden muß, können wohl das Übel hier und da etwas lindern, können vorübergehend für einige hunderttausend Arbeiter, deren Entlassungscheine schon bereit liegen, eine kurze Gnadenfrist bewirken. Dann aber wird, wenn bis dahin das Wirtschaftsleben nicht allgemein merklich sich gebessert hat, die Arbeitslosigkeit noch größere Sprünge machen, wie das bis jetzt geschehen ist. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen sind eben Notmaßnahmen, berechnet auf eine verhältnismäßig kurze Zeit und für einen verhältnismäßig kleinen Teil der in Frage kommenden Arbeiter in der Hoffnung, damit über den toten Punkt hinwegzuhelfen. Was geschieht aber dann, wenn das nicht gelingt, und wenn die Arbeitslosenheere weiterhin nach Millionen zählen. Wird das noch lange Zeit für die Gesellschaft tragbar sein? Diese Frage ist die ernsteste von allen Fragen, die augenblicklich zur Debatte stehen, und die darum auch alle Kreise der Bevölkerung beschäftigen muß.

Nach allem, was man bei der jetzigen Krise erlebt, scheint die Technik einen viel größeren Einfluß auf die Krise auszuüben, wie das früher je der Fall war. Die Technik macht in einem Ausmaße die menschlichen Arbeitskräfte entbehrlich, daß man sich in der Tat die Frage ernstlich vorlegen muß: wo sollen die Menschen in Zukunft noch ihren Lebensunterhalt finden? Insbesondere dann, wenn mit den technischen Fortschritten nicht gleichzeitig Maßnahmen einhergehen, durch welche die Fortschritte in den Dienst des Gesamt-

volkes gestellt werden. Technische Fortschritte, die Millionen Arbeitslose auf unabsehbare Zeit im Gefolge haben, sind für Volk, Wirtschaft und Staat nicht nur kein Gewinn, sondern Riesenverluste, moralische und materielle.

Wenn aber die Technik auf die Arbeitslosenzahlen einen so großen Einfluß ausübt, dann ist der Arbeitslosigkeit mit Notstandsmaßnahmen allein auf die Dauer nicht beizukommen, dann muß schon mehr geschehen.

Dazu gehört in erster Linie unseres Erachtens eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit unter 8 Stunden. Das beste wäre, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine solche aus freien Stücken vereinbaren würden, wenn auch vorläufig nur für eine gewisse Zeit, um die augenblicklich vorhandene Arbeit auf einen größeren Teil von Arbeitskräften zu verteilen. Sind freie Vereinbarungen nicht möglich, müßte durch die Gesetzgebung eingegriffen und an Stelle des Achtstundentages die Fünftage-Woche eingeführt werden. In einer Zeit, wo die Maschine so viele Arbeitskräfte außer Dienst zu setzen vermag, wie es in der gegenwärtigen der Fall ist, sollte man mindestens vorübergehend, die Fünftagewoche allgemein durch Gesetz vorschreiben.

Solange das nicht geschehen, ist strikte alle Überzeitarbeit zu vermeiden. Diese wird trotz der großen Arbeitslosigkeit noch in größerem Umfange besonders auch bei Bauarbeitern geleistet. Das mag zum Teil an den zu kurzen Lieferfristen liegen, zum Teil liegt es aber auch an den Unternehmern und an den Arbeitern selbst. Der Unternehmer drückt die Akkordpreise bis nahe an den Nullpunkt heran, vergibt die Arbeit, um sich an den sozialen Pflichtbeiträgen vorbeizudrücken, an Zwischenmeister, die dann nochmals die Lohnpresse für die Arbeiter anschrauben. Diese aber sind im Laufe des Jahres vielleicht schon viele Wochen arbeitslos gewesen und suchen nun durch Überarbeit wenigstens etwas zu verdienen. Das ist verständlich, aber in dieser Notzeit unentschuldigbar. Die Notzeit verlangt, daß mit aller vermeidbaren Überzeitarbeit radikal Schluß gemacht werden muß.

Was muß weiter, und zwar sofort, zur Milderung der Arbeitslosigkeit geschehen? Die Regierung hat einen Weg bereits beschritten durch Vergebung von Aufträgen. Sie hat damit den übrigen Volkskreisen, die Aufträge vergeben können, ein gutes Beispiel gegeben. Dieses Beispiel muß überall Nachahmung finden. Wer dazu in der Lage ist, soll sofort mit Aufträgen herausrücken. Der Ruf „Schafft Arbeitsgelegenheit!“ muß jedem Deutschen zu einem heiligen Gebot werden; sonst können eines Tages sehr leicht die Sturmwellen zum Unglück aller über den Köpfen zusammenschlagen. Kauft deutsche Waren! Auch dieser Ruf muß in dieser Notzeit, bei der es keine Minute mehr zu verlieren gibt, bei allen Käufern Verständnis finden. Das ist zwar kein Allheilmittel und auch kein Mittel für die Dauer, weil alle Völker auf den gegenseitigen Warenaustausch angewiesen sind. Das Mittel soll daher auch nur als Notmaßnahme gelten für die jetzige Zeit, in der wir bald nicht mehr ein noch aus wissen.

Ferner könnten viele tausend Menschen, die jetzt Unterstützung beziehen, Arbeit erhalten, wenn die Doppelverdiener ausgeschaltet würden. Das gilt auch für die Fälle, wo Mann und Frau als Doppelverdiener einer Familie, ohne daß die Not dazu zwingt, in Frage kommen.

Auf dem Gebiete der Preissenkung merken die Konsumenten heute auch noch viel zu wenig. Zum Teil liegt das auch an den

Konsumenten selbst, die seit Jahren alle Preise ruhig hinnehmen, die ihnen von den Großfirmen und Kartellen diktiert werden. Es wäre an der Zeit, gegen bestimmte Überpreise einmal auf der ganzen Linie Front zu machen, um wenigstens einige Exempel zu statuieren, zum Zeichen, daß das kaufende Publikum diese Preispolitik nicht mehr länger mitmacht. Die Behauptungen, daß die „hohen Löhne“ der Arbeiter die Überpreise bedingten, eine Behauptung, die schon in der Vorkriegszeit bei 30 Pfennig Stundenlohn erhoben wurde, glaubt heute kein ernsthafter Mensch mehr. Wohl ist es richtig, daß die Kaufkraft gegenüber dem Warenpreis heute viel zu gering ist, daher die Waren nicht mehr genügend Abnehmer finden. Der Grundsatz, die Bevölkerung in bestmöglicher Weise mit preiswerten Waren zu versorgen, ist längst durch das nackte Profitinteresse in den Hintergrund gedrückt worden. Aus diesen Zuständen müssen wir wieder heraus.

Im Holzgewerbe wird auch über die Holzpreise noch lebhaft Klage geführt. Nach einer vom Rheinisch-Westfälischen Tischler-Innungsverbände aufgestellten Statistik betragen die Holzpreise pro Kubikmeter in Mark:

	1914	1930	Steigerung
Gewöhnliches Tannenholz	80	110	37,5 %
Reines Tannenholz	100	140	40 %
Polnische Kiefer	100	140	40 %
Pitkypine	100-105	230-250	138 %
Buche	80	130-140	68½ %
Eiche	200	400-450	100-125 %

Reich, Staat und Gemeinden müssen endlich einmal neben der Arbeitsbeschaffung an die Senkung der unproduktiven und untragbaren Ausgaben für den Behördenapparat herangehen. Jahrelang wird über die Verwaltungsreform geteilt und geschrieben, aber Durchgreifendes geschieht ist nichts. Wir lesen soeben in „Bergknappen“, der diese Angaben dem „Jugendstücken“ vom 18. September cr. entnommen hat, daß „die Eigenstaatlichkeit der kleinen, absolut lebensunfähigen Zwerggebilde dem deutschen Steuerzahler im Jahre 1927 rund 13,9 Millionen Mark kosteten. Das alte Obotritenland Mecklenburg-Schwerin nahm hiervon den Löwenanteil 4 731 000 Mark in Anspruch: 7,02 Mark pro Kopf eines jeden mecklenburg-schwerinschen „Staatsangehörigen“ durfte das übrige Deutschland für das zweifelhafteste Vergnügen zahlen, um regelmäßig mit Unterhaltungsstoff auch aus dem Schweriner Landtag versorgt zu werden. Außerdem gibt es ja in Mecklenburg, in Neustrelitz, noch einen zweiten Landtag, während bis zur „Revolution“ von 1918 beide mecklenburgischen Großherzogtümer sich mit einem einzigen Landtag begnügten.“

Die Gebiete Neustrelitz, Stargard und Rügen (bei Lübeck) nebst zahlreichen Hoheitsplitterchen bis nach Schleswig-Holstein hinein bilden diesen „unabhängigen Staat“, zu dessen Regierung und Verwaltung ein Mammutapparat aufgebaut wird, dessen Betrachtung allein schon ausreicht, um jeden Vernünftigen von der absoluten Unsinnigkeit der heutigen Zustände auf dem Gebiete der Gliederung und Verwaltung Deutschlands zu überzeugen.

Im Deutschen Reich gibt es zahlreiche Städte, die jede für sich allein mehr Bewohner zählen, als das Zwerggebilde dieses „Freistaates“: 108 000 „mecklenburg-strelitzsche Staatsangehörige“ sind es (einschließlich der dort ansässigen „Ausländer“), also genau soviel, wie der preussische Landkreis Trier an Einwohnern zählt, der von einem einzigen Landrat, einem Regierungsrat, einem Kreissekretär und dem Kreistag mit 29 Mitgliedern verwaltet wird.

Nun betrachte man sich dagegen das Mammutgebilde, das von jenem Ackerbürgerstädtchen aus die gleiche Anzahl Mecklenburg-Strelitzer regiert: Ein Staatsministerium mit einem Staatsminister und einem vortragenden Rat; ein Staatsrat, der neun Mitglieder zählt; ein Landtag mit 35 Mitgliedern; eine Abteilung des Innern mit einem Staatsminister, einem Ministerialdirektor, einem Vortragenden Rat, dazu drei Ministerialräte, eine Unterabteilung für Domänen; eine Unterabteilung für Hochbau mit Siedlungsamt; eine Unterabteilung für Forsten; eine Abteilung für Kunst und Unterricht; eine Abteilung für Finanzen und eine Abteilung für Justiz, zu welchen soeben genannten noch sechs weitere Ministerialräte und fünf Regierungsräte gehören. Daß dieser „Staat“ neben manchem anderen auch eine „eigenstaatliche“ Schutzpolizei hat, sei nebenher erwähnt.

Auf Grund alter Verträge hätte der kleine Zwerg Mecklenburg-Strelitz in seinem etwas größeren Bruder Mecklenburg-Schwerin aufgehen müssen infolge Erlöschens der Herrscherlinie mit dem erfolgten Selbstmord des letzten Großherzogs. Das ist aber nicht ge-

schehen. Der brave Steuerzahler der deutschen Republik zahlt ja willig weiter, wenn er auch knurrt.

Auch für die Eigenstaatlichkeit Lippe-Deimolds muß der deutsche Steuerzahler mehr als 1½ Millionen Mark jährlich aufbringen. Der Befoldungsaufwand Lippe-Deimolds nimmt von der gesamten Steuerkraft in seiner Bevölkerung einen noch größeren Prozentsatz in Anspruch als dies bei Mecklenburg-Strelitz der Fall ist: 8,94 Prozent gegenüber 6,23 Prozent (1927). Wir können es uns deshalb sparen, den aufgeschwollenen Verwaltungsapparat von Lippe-Deimold hier zur Darstellung zu bringen. Es mag die Feststellung genügen, daß dieses Gebiet mit insgesamt 164 000 Einwohnern, das bequem von einem Landrat oder höchstens von zwei Landräten verwaltet werden könnte, in nicht weniger als 13 (sprich dreizehn) Kreise zerfällt mit durchschnittlich nur etwa 8000 Einwohnern.“

Für diesen Behördenapparat zahlt das Volk Jahr für Jahr treu und brav seine Steuern und Abgaben, zahlt es dauernd höhere Preise für die Benutzung der Eisen- und Straßenbahnen, für Gas, Elektrizität und Wasser usw. Und das in einer Zeit, wo Preisenkungen so notwendig sind wie das tägliche Brot. Jetzt kündigt die Regierung bereits wieder an, daß die Hauszinssteuer, die nur dem Wohnungsbau dienen sollte, in noch höherem Maße für die Verwaltungskosten in Anspruch genommen werden solle. Wirtschaftliche Notwendigkeiten werden also wiederum hinter dem Behördenballast zurückgestellt. Ferner wird eine weitere Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2 Prozent, also auf 6½ Prozent, angekündigt.

Nach dem unerhörten Befoldungskandal vom Jahre 1927 und nachdem jeder Blinde es fühlen kann, daß der aufgeblähte Behördenapparat nach dem verlorenen Kriege mit seinen riesigen Lasten unerträglich ist, daß dieser Apparat dem Volke den letzten Pfennig wegfrißt, daß er sogar den Wohnungsbau völlig erdroffelt und das Arbeitslosenheer noch weiter vergrößert, ist es endlich einmal an der Zeit, daß hier zugepackt wird. Allein die Milliarden, die uns der Behördenapparat seit 1927 mehr kostet, richtig verwandt, würde einen großen Teil der heutigen Arbeitslosigkeit glatt beseitigen. Aber! Aber! Die Bürokratie regiert und macht bereits ein großes Geschrei, wenn sie einige Prozent für die Arbeitslosen opfern soll. Über die Ausgaben für die Arbeitslosen wird ungeheuer viel Druckerchwärze verwandt. Daß aber die Kosten für den heutigen Behördenapparat mit eine Ursache der großen Arbeitslosigkeit sind, darüber schreibt und redet man kaum. Und doch ist es höchste Zeit, daß der Kreis derjenigen, die sich in den letzten Jahrzehnten immer zahlreicher aus der Gefahrenzone des Wirtschaftslebens flüchteten, um hinter der gefahrenfreien Zone der Staats- und Gemeindekrippe, die durch die in der Verfassung verbürgten „wohlerworbenen Rechte“ bestens geschützt sind, auf Kosten der anderen ein besseres und ungeorgantes Leben führen zu können, ganz erheblich verkleinert wird.

Auch die Herren Oberbürgermeister, die auf den Städtetagen schöne und wunderschöne Reden halten, täten besser daran, einmal die Frage zu behandeln, ob ihre Gehälter und sonstigen Einkünfte zur Zeit mit der Not der Gemeinden noch vereinbar sind. Das Volk kann sehr gut zwischen Reden und Taten unterscheiden.

Welches Unheil die Riesenbezüge vieler Direktoren anrichten, Bezüge, von denen zehntausende Familien mit versorgt werden könnten, ohne daß deshalb die Direktoren Mangel zu leiden brauchen, ist bekannt. Die Bezüge dieser Direktoren, Bezüge mit hohen fünf- und sechsstelligen Zahlen, stehen zu den Löhnen der Arbeiter und zu der Not der Arbeitslosen in einem Verhältnis, das zum Himmel schreit. Von Gerechtigkeit, wie sie das Christentum fordert, ist aber auch keine Spur mehr vorhanden.

Dasselbe gilt von den unerträglichen Reparationslasten, die wohl geeignet sind, ganz Europa dem Bolschewismus auszuliefern, nicht aber die Völker zu Glück und Wohlstand zu führen.

Es ist höchste Zeit, daß sich in allen Ländern recht bald die Männer finden, die mit den Ungerechtigkeiten in Staat und Wirtschaft, unter denen die Völker jetzt bluten müssen, kräftig aufräumen. Es ist Zeit, daß ein frischer Windzug die Schädlinge der Menschheit in allen Ländern, mögen sie sitzen wo sie wollen, hinwegfegt und durch Kräfte ersetzt, die dem Wohle der Völker zu dienen bereit sind. Wir brauchen Männer in allen leitenden Stellungen, die Staat und Wirtschaft wieder führen nach den Grundsätzen des Christentums. Sie allein verbürgen Glück und Wohlstand. Sie allein verbürgen, daß auch die technischen Erfindungen und Neuerungen, die jetzt Millionen fleißiger Hände außer Verdienst bringen, zum Segen der Arbeiter sich auswirken.

Besteht der Wirtschaftspessimismus zu Recht?

Die Miesmacher haben alle Hände voll zu tun. Einer sagt's dem anderen, daß die deutsche Wirtschaft den Krebsgang geht. Jeder fühlt sich als Prophet und sagt ein schlimmes Ende voraus. Damals, als ängstliche Gemüter in Deutschland um Gesundheit und Leben bangten, weil die Papageien an einer sonderbaren Infektionskrankheit litten, von der auch die Besitzer solcher Tiere hier und da ergriffen wurden, schrieb jemand in einem Zeitungsartikel, der sich mit der Wirtschaftslage befaßte, daß die schlimmste in Deutschland grassierende Krankheit nicht die Papageien befallen habe, sondern höchst infektiös sei die Schwarzmalerei und der Mißmut, der allenthalben in wirtschaftlichen Dingen anzutreffen sei. Schlimmer wie jede andere Infektionskrankheit übertrage sich der Wirtschaftspessimismus, so daß bald alle Unternehmer davon erfaßt seien und das sei schlimmer als eine vorübergehende Wirtschaftsdpression. Uns will scheinen, daß darin ein gut Teil Wahrheit steckt. Sicher ist, daß Mutlosigkeit und fehlender Unternehmungswille nie zu wirtschaftlichen oder sonstigen Erfolgen geführt haben. Es geht uns im Augenblick nicht glänzend. Die bestehende Krise soll man nicht leugnen. Aber es sind sicher schon schwerere und trübere Zeiten über deutsches Land und deutsches Volk hinweggegangen. Sie haben freundlicheren Ausblicken und Verhältnissen Platz gemacht und im allgemeinen haben wir, trotz des wirtschaftlichen Auf und Ab eine gute Entwicklung in wirtschaftlicher Beziehung feststellen können.

Auch jetzt besteht kein Grund, zu verzweifeln. Gewiß, die Zahl der Arbeitslosen ist erschreckend hoch, die sonstigen Erscheinungen in der Wirtschaft könnten glücklichere sein. Trotz allem Unerfreulichen aber bleibt doch auch genug des Erfreulichen, an dem wir uns aufrichten, das unsere Hoffnungen erneut beflügelt. Allgemach wehren sich maßgebende Kreise gegen den Wirtschaftspessimismus und die herrschende Mißstimmung und fordern mit Recht ein größeres Vertrauen in unsere eigene Kraft.

Die Gelbinstitute, die Banken, die das Lebenselixier der modernen Wirtschaft, das Geldkapital verwalten und betreuen, haben zweifellos einen tiefen Einblick in wirtschaftliche Dinge. Jedenfalls aus ihren Erkenntnissen und Erfahrungen heraus weisen sie auf Tatsachen hin, die dem allgemeinen Pessimismus widersprechen und die Wiederkehr des Vertrauens in Deutschlands Wirtschaftskraft fordern. So schreibt die Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft in ihren „Wirtschaftlichen Mitteilungen“ Ende August unter anderem:

Die besonderen Verhältnisse der einzelnen Industriezweige bestätigen nur mit gewissen Gradunterschieden das Gesamtbild, indessen mit der Maßgabe, daß im ganzen die Lage der Verbrauchsgüterindustrien, die am frühzeitigsten von dem Konjunkturrückgang erfaßt worden waren, günstiger ist als die der Rohstoff- und Produktionsmittel-Industrien. Allein im Ruhrbezirk stiegen die Halbenbestände an Kohle und Koks auf eine Menge, die mehr als eine Monatsproduktion ausmacht, nämlich mehr als 9 Mill. t (gegenüber 1,5 Mill. t im Juli 1929). Der Hinweis ist durchaus berechtigt, daß in dieser gewaltigen Produktion auf Halbe bereits eine Arbeitslosenunterstützung von Millionen steckt. Sie kann ebensowenig beliebig weiter betrieben werden wie die Einlegung von Feierschichten, deren Zahl im Juli gegen den Vormonat eine Verdoppelung erfuhr, die aber eine viel stärkere Belastung der Kostenrechnung bedeuten als Stilllegungen und Arbeiterentlassungen. In der Eisenindustrie ist eine besonders scharfe Senkung der Erzeugung eingetreten. Wichtige Gebiete der Textilindustrie, so die Baumwollverarbeitung, leiden unter verstärkter Zurückhaltung ihrer Abnehmerkraft.

Die gleiche Einschränkung, welche die industrielle Produktion aufweist, zeigen die Umsätze in Handel und Verkehr. Angesichts dieser Gesamtlage kann nicht überraschen, daß bei der Beurteilung des erreichten Depressionsgrades eine Einmütigkeit herrscht, die zugleich Zeugnis von einer weitgehenden Gleichförmigkeit des Tiefstandes der Stimmung gibt. Durch Stimmungsfaktoren können aber die Widerstands- und Auftriebskräfte, jedenfalls für eine längere Zeitdauer, wirksamer gelähmt werden als durch Einwirkungen und Tatbestände rein wirtschaftlicher Natur, wie Kapitalversorgung und Zinshöhe, Kredit Sicherheit oder Preisbewegung.

Im ganzen gesehen, hat sich der Abstieg auf die gegenwärtige,

tief gesenkte Stufe der wirtschaftlichen Tätigkeit geordnet und allmählich vollzogen. Große Zusammenbrüche mit weithin sich ausbreitenden Erschütterungswellen blieben aus, die Liquidität der Gesamtwirtschaft ist eher im Zunehmen. — Zum Verständnis der gegenwärtigen Lage Deutschlands und zur richtigen Beurteilung der inneren Wirtschaftsvorgänge muß man sich immer wieder die außerordentlichen Schwierigkeiten klarmachen, die sich für uns aus der Internationalen Preis- und Marktrevolution ergeben. Auf welcher Höhe die Preisentwicklung der Rohstoffe zum Stehen kommen wird, ist noch nicht abzusehen. Die Fähigkeit bzw. Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten zur Kapitalausfuhr unterliegt konjunkturellen Störungen, während Frankreich die Überschüsse seiner Zahlungsbilanz nicht an das kapitalbedürftige Ausland ausleiht, sondern in der Gestalt von Gold an sich zieht. Hinzu kommen Behinderungen des weltwirtschaftlichen Güterausstausches durch neue Verschärfungen der protektionistischen Haltung wichtiger Absatzländer, durch Währungsschwierigkeiten und durch politische Unruhen, die die Kaufkraft großer Märkte schmälern.

Der aus der Dereinigung aller dieser Spannungen und Unausgeglichenheiten sich ergebende Zustand, den wir als Krise der Weltwirtschaft bezeichnen, würde sich für Deutschland nicht in solchem Maße fühlbar machen, wenn es nicht nach den einmaligen Verlusten durch Krieg und Inflation die fortlaufenden Verluste der Reparationen zu tragen hätte. Aber so schwer man die Vorbelastung einschätzen mag, der die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb durch die Tributverpflichtung unterliegt, und die sich natürlich in Zeiten einer allgemeinen Depression besonders stark fühlbar macht, fehlt es doch durchaus nicht an Möglichkeiten, aus der herrschenden Stockung herauszukommen. Man erwäge, welche Vorteile die niedrigen Rohstoffpreise der deutschen Veredelungswirtschaft bieten. Alles kommt darauf an, die auf Grund einer für uns günstigen Verfassung der Rohstoffmärkte gegebenen Möglichkeiten zu nutzen und den Anreiz, der in den niedrigen Lebensmittel- und Rohstoffpreisen liegt, wirksam zu machen.

Der „September-Wirtschaftsbericht“ der Commerz- und Privatbank, A.-G., besagt u. a.:

Im Berichtsmonat hat sich die Lage an den internationalen Geldmärkten nicht verändert. Die große Flüssigkeit, vor allem das reichliche Angebot an kurzfristigen Geldern, hat in unvermindertem Maße angehalten, so daß die Zinssätze weiterhin einen außerordentlichen Tiefstand zu erreichen vermochten. Die Begebung von 120 Millionen Dollar amerikanischer Schatzscheine zu einem Satz, der durchschnittlich unter 2% lag, die Überzeichnung der jüngsten englischen Schatzwechsel-Ausgaben, die zu 2,1—2,2% ausgegeben werden konnten, kennzeichnen die Lage an den Geldmärkten. In Holland und der Schweiz zeigte sich ein derart reichliches Angebot von kurzfristigem Geld, daß sich der Satz für Tagesgeld fortlaufend auf etwa 1% stellte.

Vielfach ist es auf den internationalen Märkten gelungen, auf Grund der geschilderten Lage auch dem Kapitalmarkt bedeutende Mittel zuzuführen. Insbesondere ist es geglückt, in größerem Umfang Staatsanleihen umzuwandeln (Beispiel: Schweiz). Trotz der so günstigen Gestaltung und der Möglichkeit, auch an den führenden Kapitalplätzen zu vorteilhaften Bedingungen Industriefuldverschreibungen zu begeben, hat sich von der Geldseite her eine wirksame und nachhaltige Anregung der Konjunktur noch nirgends durchsetzen können. Im Gegenteil verschärfte sich vielfach noch die Depression. In Großbritannien hat die Erwerbslosigkeit einen Gipfelstand von über 2 Millionen erreicht, was gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine Erhöhung um 850 000 bedeutet. Auch in Frankreich, das bisher am günstigsten dastand und inmitten der internationalen Depression eine Ausnahme bildete, sind Krisenzeichen, wenn auch in verhältnismäßig nicht allzu großem Ausmaße, wahrnehmbar. Die ehemals neutralen Staaten, bei denen, wie erwähnt, die Geldfülle einen kaum je verzeichneten Umfang angenommen hat, sind ebenfalls mehr und mehr in den Bereich der Depression hineingezogen worden. Zweifellos bildet nach wie vor die Preisumwälzung an den Weltrohstoffmärkten das wichtigste Moment der Unsicherheit, das auf der gesamten Wirtschaft lastet und der Entfaltung neuer Unternehmungslust im Wege steht.

Wenn das Konjunkturbild im ganzen noch keine Besserung aufweist, so wird man doch darauf hinweisen müssen, daß gewisse Anzeichen der jüngsten Zeit einem übertriebenen Pessimismus nicht recht zu geben scheinen. . . . Auf der deutschen Wirtschaft lastet naturgemäß nach wie vor die außerordentliche politische Ungewißheit, die einer Entfaltung der Unternehmungslust ganz besonders entgegenwirkt, abgesehen von den bereits erwähnten internationalen Momenten. Hierbei darf auch nicht übersehen werden, daß die Reparationsbelastung ebenso wie die interalliierten Schuldentzahlungen die herrschende Krisis immer weiter zu verschärfen geeignet sind, indem sie die Richtung der internationalen Kapitalbewegung in einer völlig unrationellen, den wirtschaftlichen Erfordernissen diametral entgegengesetzten Weise beeinflussen. Wenn auch diese Erkenntnis sich mehr und mehr in den Kreisen namhafter Volkswirte in den verschiedenen Ländern ausbreitet, so hat sie doch bisher auf die maßgebenden politischen Instanzen noch keinerlei Einfluß auszuüben vermocht; und doch liegt hier eins der wichtigsten Gebiete, auf dem zur Behebung der Weltwirtschaftskrisis und der Arbeitslosigkeit ein internationales Zusammenwirken gerade auch im Interesse der großen Rohstoffländer dringend notwendig erscheint.

Hören wir, was ein amerikanischer Bankier über Deutschlands Wirtschaft sagt: Nach dem „Deutschen“ hat die „New York Times“ ein Interview mit dem Teilhaber des Bankhauses Lee Higginson, George Murnane veröffentlicht, der in diesem Jahre längere Zeit in Europa weilte und sich eingehend mit der deutschen Wirtschaftslage beschäftigt hat. Murnane führte u. a. aus: Der deutsche Handel und die deutsche Industrie befinden sich zweifellos in einem Zustand der Depression, der in Deutschland früher einsetzte als in den meisten andern Ländern. Abgesehen von der aus der zeitlichen Ausdehnung dieser Depression folgenden allgemeinen Belastung der Wirtschaft vermag Deutschland auch nicht den seelischen Folgen dieser Lage zu entgehen. Ein besonderer Umstand jedoch, der die wirtschaftliche Krise in Deutschland über den aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus zu erwartenden Umfang verstärkt hat, ist das schwindende Selbstvertrauen in breiten Schichten der Bevölkerung, das naturgemäß seinen Ausdruck in ernstlichen Besorgnissen der wirtschaftlichen und politischen Kreise Deutschlands findet, ob es Deutschland auf die Dauer möglich sein wird, die Lasten des Young-Planes ohne Schädigung seines wirtschaftlichen Lebens und ohne ernstliche Verschlechterung seiner Lebenshaltung zu tragen. In den statistischen Angaben über Deutschlands allgemeine wirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich die unerfreuliche Situation wider.

Indessen sollten diese Zahlen nicht, wie meist üblich, lediglich mit den entsprechenden Angaben über das vergangene Jahr verglichen werden. So sollte beispielsweise die Tatsache nicht übersehen werden, daß der Monatsdurchschnitt der deutschen Ausfuhr von 1927 bis 1929 von 552 auf 1057 Millionen Reichsmark, also nahezu das Doppelte stieg, während es zutrifft, daß sie im Laufe der letzten Monate dem Werte und dem Umfange nach einen beträchtlichen Rückgang gegenüber denselben Monaten des Vorjahres aufwies. Den Erklärungen eines hervorragenden Sachkenners der deutschen Wirtschaft zufolge, hat die Produktion der elektrischen Industrie, die als typisch für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands angesehen werden darf, in der Zeit von 1913 bis 1928 solche Fortschritte gemacht, daß die Gesamtzeugung an elektrischem Strom in diesem Zeitraum von 2,8 auf 14 Milliarden Kilowattstunden, d. h. auf den Kopf der Bevölkerung berechnet von 42 auf 219 Kilowattstunden gestiegen ist. Diese Zahlen, die durch andere Beispiele vermehrt werden können, zeigen den Fortschritt der deutschen Wirtschaft trotz aller bedenklichen Folgen der Nachkriegszeit. Ein ausländischer Besucher kann

sich dem Eindruck nicht entziehen, den dieses Deutschland macht, das ungeachtet seiner beschränkten Mittel abermals mit solcher Energie auf den Gebieten arbeitet, auf denen es vor dem Kriege eine so starke Stellung einnahm. Die auf den landwirtschaftlichen Versuchstationen wie z. B. in Müncheberg geleistete Arbeit zeigt die erfolgreiche Lösung von Problemen innerhalb von ein oder zwei Jahren, die anderswo den wissenschaftlichen Bemühungen von Jahrzehnten trotzen, wie beispielsweise die Entfernung bitterer Substanzen aus den Lupinen und die damit zusammenhängende Erhöhung ihres Nährwertes. Leistungen wie diese erhöhen das Vertrauen der Besucher Deutschlands, daß es durch seine wissenschaftliche Gewandtheit wie durch seine energische Arbeit auch seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden wird. Mir wenigstens scheinen solche Vorgänge und Entwicklungen eine Gewähr dafür zu bieten, daß Deutschland namentlich angesichts der bereits überwundenen Schwierigkeiten sicherlich einen Ausweg aus seiner gegenwärtigen Lage finden wird.

Eine weitere Gewähr für die Wiedererholung und den Fortschritt des deutschen Wirtschaftslebens findet sich in der gegenwärtigen Position der Deutschen Reichsbank, deren Leitung unbeirrt an den einfachen Grundsätzen einer konservativen Währungspolitik festhält. Zudem ist Deutschland heute derart in die Weltwirtschaft verflochten, daß es gar nicht aus eigener Anstrengung allein sich aus seiner gegenwärtigen Depression erheben könnte. In wachsendem Maße benötigt Deutschland heute die Nachfrage fremder Länder nach seinen Waren und für absehbare Zeit wenigstens die Deckung seines Kredit- und Kapitalbedarfs seitens des Auslandes. Die deutsche Industrie erfreut sich eines hohen Ansehens im Auslande, und sie besitzt jeden Grund für die Annahme, daß ihr von den Finanzmärkten der Welt beträchtliche Beiträge zu ihrem Kapitalbedarf zufließen, wenngleich diese naturgemäß den Bedingungen unterliegen, die zu gegebener Zeit in diesen Finanzmärkten obwalten. Mut und Selbstvertrauen von Seiten des deutschen Volkes sind indessen nicht die in letzter Linie als bedeutsam in Betracht kommenden Faktoren zur Erhöhung des deutschen Kredits im Auslande. Die deutsche Regierung selber hat durch finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen zur Stärkung dieses Vertrauens beigetragen. Die gegenwärtige Regierung hat durch ihre bisherigen Maßnahmen einen Geist der Führung und Entschlossenheit gezeigt, die einen hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft eröffnen.

Und eine weitere Auslandsstimme: Don e n g l i s c h e r F i n a n z s e i t e wird der DA3. 426 geschrieben, es scheine, daß die jetzige Depression in Deutschland einen Pessimismus erzeugt habe, bei dem es sich nicht so sehr um Katastrophenstimmung, sondern eher um eine lässige Ermüdung, einen Mangel an Unternehmungsgeist, einen Übergang zur Rentnerpsychose handle. Die Produktions- und Absatzkurven ständen nur vereinzelt unter dem Durchschnitt von 1926 und zum Teil noch bedeutend darüber. Die jetzige Wirtschaftslage sei wesentlich besser als 1924/25, ganz abgesehen von der Inflationszeit; nur die Arbeitslosigkeit stehe schlechter als je zuvor. Die Lebenshaltung des Volkes, als Ganzes betrachtet, sei zweifellos in den letzten Jahren bedeutend gestiegen, und wenn jetzt ein gewisser Rückschlag unermidlich sein werde, so könne man hierin doch keinen ausreichenden Grund für übertriebenen Pessimismus sehen. Zur Zeit scheine es, als ob das Ausland mehr Vertrauen zu Deutschland habe, als die Deutschen selbst.

Aus allem geht doch hervor, daß Mißtrauen der eignen Kraft und Mutlosigkeit fehl am Platze sind in schwierigen Zeiten. Je entschlossener und herzhafter zugepackt wird, um so eher besteht Aussicht, daß wir über den toten Punkt hinwegkommen, um so eher werden wir eine neue Belebung der Wirtschaft erreichen.

Real- und Personalkapital.

Betriebswirtschaftlich spricht man vom Real- und Personalkapital eines Unternehmens. Man versteht unter dem ersteren das Sachkapital, d. h. die sachlichen Anlagewerte, unter dem zweiten die persönlichen Produktionsfaktoren, die in erster Linie von den Arbeitnehmern dargestellt werden. Man kann in gleichem Sinne auch anorganisches und organisches Kapital unterscheiden. Es sind dies zwei Kapitalarten, mit denen der Unternehmer zur Erreichung seiner Ziele arbeiten muß. Zur wirtschaftlichen Betätigung ist die eine oder die andere unmöglich, zum erfolgreichen Arbeiten müssen sie aufeinander abgestimmt sein. Wie stellt sich nun der Arbeitgeber

praktisch zu diesen beiden Kapitalgruppen? Wie ist deren Entwicklung in den letzten Jahren vor sich gegangen? Ist die Entwicklung auf gesunder oder kranker Basis erfolgt? Was ist zu tun, um der Gesamtwirtschaft, die ja auch die Arbeitnehmer umfaßt, den der Zeit entsprechenden besten Wirkungsgrad zu geben? — Das sind Fragen, deren Lösung in dieser Zeit wirtschaftlicher Zerrüttung von ganz besonderer Wichtigkeit ist.

Die Entwicklung des Real- und Personalkapitals ist gerade in entgegengesetzter Richtung verlaufen, die eine gesunde Abstimmung dieser beiden Kapitalarten über den Haufen geworfen hat. Wir

sehen auf der einen Seite eine ungeheure Zusammenballung und Konzentration der Betriebe, Investitionen größter Geldkapitalien zu Zwecken des Sachkapitals, so daß die Wirtschaft mit diesem heute schon geradezu übersättigt ist. Wir sehen auf der andern Seite das ungeheure Heer der Arbeitslosen, also Teile des Personalkapitals, die ein Opfer des heutigen Sachkapitals geworden sind. Es ist keineswegs immer richtig, daß die Arbeitslosigkeit lediglich eine Folge abflauender Konjunktur ist, namentlich im Hinblick auf die jetzigen großen Massen der Erwerbslosen. Hier spielen andere Ursachen mit, die eben in dem übernatürlichen Ausbau unserer Betriebsanlagen ihren Grund haben und durch Fehlpositionen der verantwortlichen Leiter der Wirtschaft herbeigeführt worden sind. Gewiß war es nach dem Kriege und der Revolution schwer, den richtigen Maßstab zu finden. Amerikanismus war nun einmal modern geworden, und man übersah völlig, daß selbst kleinere, aber gut geleitete Werke infolge ihrer größeren Anpassungsfähigkeit Riesetrieben, auch wenn sie kapitalkräftig und technisch aufs modernste eingerichtet, überlegen sein können. Anstatt nun aber den natürlichen Gang der Dinge abzuwarten und vorsichtig tastend und abwägend an einer stetigen, aber gesunden Entwicklung der Betriebe fortzuarbeiten, überstürzte man deren Ausbau und schuf so künstlich gezüchtete Großgebilde auf unzureichendem Nährboden. Es trat eine Übersteigerung und Überschätzung des Sachkapitals zum Nachteil des Personalkapitals ein. Man schwur auf das Dogma von der sachlichen Überlegenheit der Großbetriebe, die nur allein einen wirtschaftlichen Erfolg gewährleisten könnten, man übersah aber völlig, daß zumal in diesen unsicheren Zeiten die Großgebilde sich nicht so ohne weiteres und ohne Schaden für die Gesamtwirtschaft den jeweiligen Marktverhältnissen anpassen konnten. Es mußte also mit Notwendigkeit einmal zu einem ungeheuren Rückschlag kommen, den wir ja nun auch wirklich erleben. Die zu wenig oder gar nicht berücksichtigte Ausbalancierung von Sach- und Personalkapital mußte den Markt zerstören. Erst wenn diese in vernünftiger Weise in Angriff genommen wird, können wir einen Aufstieg unserer Wirtschaft wieder erhoffen. Dazu bedarf es aber einer völligen Umstellung der Wirtschaftsleiter hinsichtlich der Bewertung des Personalkapitals, also der Arbeitnehmer.

Das Sachkapital steht als Vermögenswert zu Buch, es ist daher berechenbarer, wahrnehmbarer und erfassbarer als das Personalkapital, kurz es drängt sich in seiner Offensichtlichkeit dem Wirtschaftler mehr auf. Das Personalkapital läßt sich in seiner Totalität nicht einfach so buchmäßig erfassen, zu seiner richtigen Bewertung und Erfassung gehört ein weiter Horizont, ein feines Fingerspitzengefühl, das nicht auf die Tagesbedürfnisse eingestellt ist, sondern auf die Gesamtwirtschaft und auf lange Sicht. Geht es dem Volke gut, so geht es auch der Industrie gut, das muß das Leitmotiv des modernen Wirtschaftsführers sein, und nicht umgekehrt, wie es jetzt meistens Brauch ist. Wir haben scheinbar ganz vergessen, daß die Industrie nur auf gut fundiertem Grund und Boden sich überhaupt entwickeln konnte, daß vorhandene Kaufkraft ihre Voraussetzung war. So ist es auch kein Zufall, daß England das älteste Industrievolk wurde.

So kommt es, daß seitens der heutigen Wirtschaftsführer dem Sachkapital in allererster Linie größte Beachtung geschenkt wird. Alle nur denkbaren Einrichtungen werden in den Dienst seiner Pflege gestellt, mag es sich nun um Forschungs- und Lehrinstitute, Fachvereinigungen, Fachzeitschriften und anderes mehr handeln. Die Erfolge, die aber hierdurch erzielt worden, sind wegen Außerachtlassung des Personal-Kapitals leider nur zu oft Scheinerfolge, die sich später rächen und schon gerächt haben. Diese einseitige Einstellung der Wirtschaftsführer auf das Sachkapital mußte natürlich auch ihre ganze Gesinnung beeinflussen und führte so zu einer rein materiellen Auffassung von der Wirtschaft. Einseitige Interessenpolitik macht sich bald im Betriebe breit; viele sogenannte Verbesserungen und Rationalisierungsmaßnahmen, die oft sehr fragwürdiger Natur waren, verdanken ihre Entstehung der Eignung des Wirtschaftsführers und seiner sonst verantwortlichen Organe. Hinzu kommt, daß durch die Vertrustung, Kartellierung und Syndizierung der Betriebe die seitab gelegenen Zentralverwaltungen den einzelnen Werksleitern ihre Anordnungen einfach diktieren, ohne ständige Fühlung mit dem lebenden Organismus der Werke, so daß selbst einsichtsvolle Werksleiter in diese Bahnen gedrängt wurden. In diesen Zentralverwaltungen hat die Überschätzung des Sachkapitals seine Spitze gefunden.

Wie ganz anders behandelt man doch die Frage des Personalkapitals. Soweit man sie überhaupt behandelt, wird sie nicht als

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 40. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 28. September bis 4. Oktober 1930 fällig.

Dielteljahreschluß. Abrechnungsformulare sind den Zahlstellen zugegangen. Alle Zahlstellenverwaltungen müssen im Hinblick auf die notwendigen Rechnungsarbeiten bei der Hauptkasse auf eine möglichst schnelle und richtige Fertigstellung der Abrechnung bedacht sein.

der des Sachkapitals gleichgeordnet betrachtet, sondern nur als eine Angelegenheit, die einseitig in den Dienst des Sachkapitals gestellt wird. Wir brauchen hier nur an die ominöse Psychotechnik zu erinnern, die nur die körperliche Wirkung des Arbeitnehmers im Sicht des Sachkapitals erfassen will, aber seine seelische Verfassung vollkommen außer Ansatz läßt. Wirklich produktive Arbeit kann aber nur ein in sich geschlossener, harmonischer Mensch leisten, der mit Leib und Seele bei seiner Tätigkeit ist. Diese Unterstellung des Personalkapitals unter das Sachkapital hat den Arbeitnehmer gewissermaßen zu einer Maschine gestempelt, nur daß er nicht so pfleglich behandelt wird. Unzufriedenheit und Arbeitsunlust sind die unausbleiblichen Folgen dieser Einstellung der Wirtschaftsführer, und die abträglichsten Auswirkungen auf den ganzen Betrieb müssen sich einstellen. Klagen der Wirtschaftsführer über eine etwaige gesunkene Leistung der Arbeitnehmer sind daher sehr wenig am Platze. Es ist grundfalsch und widerspricht dem gesunden Menschenverstand, die Arbeitnehmer in diesen Versachlichungsprozeß miteinbeziehen zu wollen, die schließlich das Interesse am Betrieb und an ihrer Arbeit verlieren müssen und letztlich dem Radikalismus in die Arme getrieben werden.

Die Wirtschaftsführer sind nicht schuldlos an dem wirtschaftlichen Chaos von heute. Anstatt in weiser Beschränkung sich zurückzuzhalten und abzuwarten, haben sie sich kopfüber in diesen Sachkapital-Taumel mit hineingestürzt, ohne zu bedenken, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist. Und die Folgen? — Eine völlig unzureichende Beschäftigung der Werke, ein großes Heer der Arbeitslosen und daher ein Versagen des Inlandsmarktes. Soweit überhaupt noch ein Schaden dieser Handlungsweise verhindert werden kann, müssen sich die Wirtschaftsführer endlich bequemen, sich auf eine natürliche wirtschaftliche Grundlage wieder umzustellen, einen gesunden Ausgleich zwischen Sach- und Personalkapital vorzunehmen und das letztere als mindestens ebenso wichtig als das erstere zu betrachten und zu behandeln. Diese gefährliche Versachlichung hat nicht nur in dem überstürzten Auf- und Ausbau der Betriebe ihren Ausdruck gefunden, sondern hat sich von oben herunter auch in der Verwaltung der Betriebe Platz verschafft. Es wird nicht mehr daran gedacht, daß der Betrieb ein lebender Organismus ist, in dem lebende Wesen beschäftigt werden. Lebende Organismen verlangen aber eine auf sie zugeschnittene, differenzierte, ja persönliche Behandlung. Statt dessen hat man das Schema eingeführt. Es wird einfach von oben herab angeordnet, ohne daß diese Stellen in geistiger Fühlung mit dem inneren Wesen des Betriebes und seiner Belegschaft stehen. Was hierdurch noch nicht verdorben wird, besorgen die bestellten sogenannten Organisatoren, die oft noch viel sachkapitalistischer eingestellt sind.

Was uns fehlt, sind die Wirtschaftsführer, die unter Zurückstellung ihres Eigeninteresses aus dem innern Wesen des Betriebes heraus ihre ganze Kraft in den Dienst der Gesamtwirtschaft stellen. Diese werden auch dem Personalkapital die ihm gebührende Anerkennung und Pflege schenken und seinen überragenden Wert für die Produktivität erkennen. Solche Wirtschaftsführung setzt hohe geistige und seelische Fähigkeiten voraus, denn die Verwaltung des Sachkapitals ist natürlich bedeutend leichter als die des komplizierten Personalkapitals. Mit dem Rechenschieber kann hier nicht gearbeitet werden.

Zur Pflege und produktiven Auswertung des Personalkapitals gehört auch die Beförderungsmöglichkeit der Arbeiter, von der seitens der Wirtschaftsführer im Interesse des Betriebes viel zu wenig Gebrauch gemacht wird. Gewiß können nicht alle Arbeiter Meister werden, aber innerhalb des industriellen Verwaltungsbetriebes gibt es gerade heute viele Posten, die mit Nutzen viel

Berufsecke für Arbeiter in Säge-, Hobel- und Furnierwerken

Deutschlands Holzhandel.

Mit der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat ging naturgemäß eine erhöhte Einfuhr derjenigen Rohstoffe konform, deren Gewinnung im eigenen Lande nicht oder nur in beschränktem Umfange möglich ist. Unter den verschiedenartigen aus diesem Anlaß benötigten Importartikeln spielt das Holz in der deutschen Handelsbilanz eine bedeutende Rolle. In erster Linie haben die beiden größten deutschen Seehäfen Hamburg und Bremen dieser Ausdehnung Rechnung tragen müssen, indem sie Holz-Freihäfen und Transitlager einrichteten und ständig erweiterten. Durch die Anlage der Holz-Freihäfen ist es möglich, die importierten Hölzer je nach Erfordernis verzollt und unverzollt so lange liegen zu lassen, bis ihre Weiterbeförderung an den endgültigen Bestimmungsort erfolgt.

Im deutschen Holzeinfuhrgeschäft gibt es Firmen, die sich vorwiegend mit dem Import von Nuthölzern befassen, während andere die Einfuhr von ausländischen Schnitthölzern betreiben, die vorwiegend in der Bauwirtschaft Verwendung finden, wogegen die ersteren in der Möbelbranche, für künstlerische und industrielle Zwecke usw. verarbeitet werden.

Die seewärtige Holzeinfuhr hat in letzter Zeit weitere Fortschritte gemacht. Einzelne überseeische Länder setzen alles in Bewegung, um durch eine vergrößerte Holzinfuhr ihre ungünstige Handelsbilanz zu verbessern. Die Situation in amerikanischen Schnitthölzern hat sich verschlechtert, und in Rundhölzern sieht es keineswegs besser aus. Die Umsätze in Hickory und Eschen, deren Saison vorüber ist, blieben ohne Bedeutung. Für Eschen besteht wenig Interesse; nur gangbare Schnittholzdimensionen sind gefragt. Gute Whitewood- und Nuthbaumfurnierblöcke sind abzusetzen. Amerikanisches Mahagoni wird wenig umgesetzt, für afrikanisches ist eher Abfaß vorhanden. Zedernholz wird reichlich angeboten. Die Okoumévorräte sind bei weichen Preisen größer geworden. Teakholz, Podakholz, Ebenholz und Cocobolo finden Abnehmer, während Balsa, Jacaranda, Cocusholz vernachlässigt bleiben.

Eine wichtige Einrichtung für den gesamten Holzhandel sind die Auktionen, die in gewissen Abständen in Hamburg-Rothenburgsort abgehalten werden. Die Hölzer, die hier zum Verkauf gestellt werden, setzen sich vorwiegend aus afrikanischen und amerikanischen Nuthhölzern zusammen. Diese früher auch in Bremen abgehaltenen Auktionen, auf denen sich, wie in Hamburg, Holzhändler aus allen Gegenden Deutschlands trafen, finden in Bremen nicht mehr statt; hier erfolgt nur noch ein freihändiger Verkauf der unverkauft angebrachten und konfignierten Partien.

Hamburg ist seit Jahrzehnten der erste deutsche Nuthholzimporthafen. Infolge seiner vorzüglichen, weitreichenden Verbindung mit dem deutschen Hinterlande und bis nach Böhmen hinein durch die Elbe ist es Hamburg im Laufe der Jahre gelungen, sich im überseeischen Nuthholzgeschäft eine hervorragende Position in Europa zu schaffen. Das ganze mittlere Deutschland kann von Hamburg aus mit Nuthholz versorgt werden, vor allem das industriereiche Berlin und Sachsen. Hamburg dient heute sogar viel als Umschlagplatz für Weiterverladung der nach Bremen, nach Holland und nach Süd-Deutschland bestimmten Waren.

So liegt Hamburgs besondere Bedeutung in dem Import von überseeischen Nuthhölzern. Zum Empfang und Transitverkehr dieser Güter besitzt es besondere Hafen-, Löss- und Lagereinrichtungen. Die Abnahme des Holzes geschieht je nach Umständen von Bord des Schiffes in eine Schutte oder direkt vom Kai. Die Kaianlagen in Hamburg sind sehr gut, aber leider liegen sie zu sehr auseinander, daher werden die einkommenden Partien häufig ziemlich verstreut, wodurch dem Besichtigter viel Zeitverlust entsteht. Hölzer, die nicht sofort weitergehen, werden vom Landungskai, meistens per Schute, nach Rothenburgsort auf den allgemeinen Holzlagerplatz, nach anderen Transitlegerplätzen oder auf die Plätze der Empfänger in Hamburg weiterverladen. Einzelne Läger sind als Transitleger eingerichtet, um das Holz unverzollt wieder nach dem Auslande bringen zu können. Eine Anzahl von Säge-, Messer-, Schäl- und Hobelbänken besteht zum Zweck der Be- und Deraarbeitung. Die Hamburger Kosten waren bislang nicht übermäßig hoch, doch wird die Ware naturgemäß immer mehr verteuert, je länger sie unverkauft lagern muß. Die einzelnen Säge der Unkosten sind festgelegt und unterstehen der Aufsicht der Handelskammer und der Behörden.

Gewichte und Maße werden auch in Hamburg durch vereidigte, unter Kontrolle stehende Fachleute festgestellt.

Außer anderen überseeischen Hölzern handelt Hamburg besonders Nuthbaum, Eschen, Eschen, Pappeln, Hickory, Okoumé, Mahagoni; aber auch in den feineren, für die Kunsttischlerei und Drechslerei gebrauchten Hölzern hat es zur Zeit eine dominierende Stellung, während Bremen im Handel mit Nadelhölzern, besonders aus Europas Norden, die Situation beherrscht, da diese Hölzer mehr per Bahn als auf dem Wasserwege in das Binnenland zu gelangen pflegen.

Hinter Bremen und Hamburg weicht die aus nordischem Bauholz bestehende Einfuhr von Emden, Papenburg und Leer zurück; ebenso die von Wesermünde und die der Unterweserorte. An Nuthhölzern kommt nur wenig über diese Plätze.

Der Holzimport Ost- und Westpreußens dient mehr zur Deckung des lokalen Bedarfes. Lübeck importiert große Mengen Bauholz und ist neben Bremen ein bedeutender deutscher Einfuhrhafen für nordische Hölzer. Daneben haben Kiel und Wismar ebenfalls einige Bedeutung für nordische Hölzer. Aber Steettin wird allerlei Bauholz eingeführt, aber auch ausgeführt.

Schwellenkäufe der Reichsbahn.

In dem von der Reichsbahnverwaltung aufgestellten neuen Arbeitsprogramm zur Bekämpfung der Krisis ist auch die Lieferung größerer Mengen von Bahnschwellen vorgesehen. Dem Waldbesitz werden diese Lieferungen von Vorteil sein. Auf der anderen Seite können sie dazu führen, daß die Preise für Balken, die aus gleichartigem Holz hergestellt werden, bei verstärkter Nachfrage steigen.

Dor kurzem hat das Eisenbahnzentralamt an die Lieferanten von Waggonholz das Ersuchen gerichtet, die Preise für vertraglich verkaufte Schnitthölzer nachträglich herabzusetzen, um den allgemeinen Preisabbau zu fördern. Diese Forderung ist in den Kreisen der Holzlieferanten wenig beifällig aufgenommen worden, da man den Standpunkt vertritt, daß die Reichsbahn, die von ihren Lieferanten genaue Erfüllung der Verträge fordert, auf der anderen Seite auch ihrerseits diese Verträge respektieren müsse.

Die fortgesetzten Infolvenzen in der Holzwirtschaft tragen zur Beunruhigung und Verschärfung der bestehenden Absatzkrisis bei, unter der die schwach beschäftigten Möbeltischlereien besonders zu leiden haben. Besser liegen die Kreditverhältnisse am Baumarkt. Allerdings machen die schwierigen Absatzverhältnisse in Bauhölzern aller Arten auch dieses Geschäft für die Sägewerksindustrie und den Holzhandel unlieblieh. Die Preise für kieferne gefägte Balken nach Lüste sind sehr schwankend und stellen sich bei schnelleren Lieferungsfristen um 2 bis 3 Mark je Kubikmeter höher als bei der Gewährung längerer Termine.

Katastrophe in der deutschen Holzwirtschaft?

In einer Reihe von Tageszeitungen erschien vor einiger Zeit ein von dem Kammerpräsidenten Dr. von Kleefeld gezeichneter Artikel, der sich gegen die Einfuhr von Holz wendet und entsprechende Maßnahmen verlangt. Unter anderem lesen wir:

Die Gesamtholzerträge des deutschen Waldes, mag er in den Händen der Länder, Kommunen, kleinerer oder größerer Besitzer sich befinden, betragen etwa 50 Millionen Festmeter gegen 52 Millionen vor den durch den Weltkrieg herbeigeführten territorialen Verlusten. Davon sind in Deutschland 42 Millionen Festmeter verbraucht worden, so daß außer einer gewissen, nicht sehr bedeutenden Holzinfuhr unsere Wald- und Holzwirtschaft durchaus in der Lage war, den heimischen Bedarf zu decken. In diese relativ stabilen Verhältnisse ist dadurch ein katastrophaler Einbruch erfolgt, daß die deutsche Holzwirtschaft ohne jeden erkennbaren Grund, der noch mit nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkten erklärt werden könnte, dem Holzdumping des Ostens, besonders Rußlands, ausgesetzt wurde.

Trotz des Darniederliegens unserer Gesamtwirtschaft und des Ausreichens unserer heimischen Holzquellen für den eigenen Bedarf sind im Jahre 1929 über 8 Millionen Festmeter Holz im Werte von etwa einer halben Milliarde Mark eingeführt worden. Unter den besonderen Verhältnissen des deutschen Holzmarktes genügt diese

Quantität bei der heutigen Wirtschaftsdepression vollkommen, um eine katastrophale Entwertung des deutschen Holzes und des Wald- und Forstbesitzes herbeizuführen, da die Holzquantitäten aus dem Osten, besonders aus Rußland, zu Schleuderpreisen, mit denen wir bei unseren Steuern und Lasten niemals konkurrieren können, eingeführt werden. Das Holz an sich kostet die bolschewistischen Wirtschaftspolitiker nichts, Arbeitslöhne kommen wesentlich nicht in Frage, so daß nur die Transportkosten zu Lande und zu Wasser außerhalb der russischen Grenzen eine gewisse Rolle spielen. Bei dieser Lage der Dinge sind die geringen in der Hauptsache bestehenden Wertzölle ohne entscheidende Bedeutung.

Wie gut den Holzverschleudernden russischen Bolschewisten dieses Geschäft mit Deutschland bekommt, geht am besten daraus hervor, daß die Einfuhr an russischem Holz, welche vor fünf Jahren 2 bis 3 Prozent des Gesamtimports betrug, im vorigen Jahre auf 10 Prozent und im ersten Halbjahr 1930 auf 15 Prozent trotz zunehmender Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage gestiegen ist.

Die Russen ruinieren aber mit ihrem Dumping ebenfalls unsere Ausfuhrmöglichkeiten, da sie zum Beispiel nach England im letzten Jahr für 55 Millionen Schilling Holz importierten, was etwa 35 Prozent der Gesamteinfuhr ausmacht. Amerika hat aus nationalwirtschaftlichen Erwägungen wie stets sofort gehandelt, ein Lösungsverbot für Russenholz erlassen und steht im Begriff, trotz aller Dementis von russischer Seite, eine umfassende Aktion gegen die russische Warenschleuderei unter dem Motto „Kampf gegen die Vernichtung des amerikanischen Handels“ einzuleiten.

Am Schluß verlangt von Kleefeld unter Hinweis auf die dem Staat, den Waldbesitzern, dem Handel sowie auch den in der Holzindustrie tätigen Arbeitnehmern eine Beschränkung der Holzeinfuhr auf die absolut notwendigen Mengen. Wenn die Meldungen über noch vorhandene erhebliche Lagerbestände in den Forsten zutreffen, dann kann man sich dieser Forderung nicht verschließen, weil wir alles Interesse daran haben, daß inländische Produkte vor eingeführten verwendet werden. Damit würde, auf der ganzen Linie befolgt, eine günstige Beeinflussung des Holzmarktes erzielt und unsere Handelsbilanz nur vorteilhaft gewinnen können.

Überfremdung auch in der Holzindustrie.

Nach neuesten Untersuchungen, die in der „Ruhr und Rhein“, Essen, von Dr. Salewski veröffentlicht wurden, gibt es etwa 650 deutsche Unternehmungen, die maßgeblich durch ausländisches Kapital finanziert und beherrscht werden. Darunter werden aus der Holzindustrie folgende Firmen genannt:

Süddeutsche Holzindustrie A.-G., München (Aktienkapital 8 Millionen Mark), British and European Timber Trust Ltd., London, die gleichzeitig in einem Interessengemeinschaftsverhältnis mit der Münchener Firma steht, maßgeblich beteiligt (unmittelbar oder mittelbar). Beteiligungen: 1. Wickingsche Industrie für Holz- und Baubedarf AG., Düsseldorf (AK. 2,8 Millionen Mark, beteiligt mit Mehrheit); 2. Degginger & Heß AG., München AK. 750 000 Mark, Beteiligung nicht genau bekannt); 3. Deutsche Parkettwerke AG., Berlin (AK. 1,8 Millionen Mark, beteiligt mit Mehrheit); 4. Otto Tuchmann Komm.-Ges., Magdeburg.

Gebr. Rosenberg Holz-AG., Köln (AK. 1 Million Mark), AG. für Holzwerke, Zürich, mit Mehrheit beteiligt.

Bayernwerk für Holzverwertung AG., München (AK. 2 Millionen Mark), AG. für Holzwerke, Zürich, maßgeblich beteiligt.

Schlesienwerk für Holzverwertung AG., Breslau (AK. 300 000 Mark), AG. für Holzwerke, Zürich, mit Mehrheit beteiligt.

Sperrholzfabrik Kümmel u. Co., Wittlich bei Trier, vorwiegend im Besitz der englischen Wenesta-Gruppe.

Sperrholz- und Fournierfabrik AG. in Konkurs, Aachen, die Fabrikanlagen sind von belgischer Seite (Ceclair) aus der Konkursmasse erworben und wieder in Betrieb gesetzt worden.

J. Brüning u. Sohn AG., Potsdam (AK. 5 Millionen Mark), bis Ende 1927 waren holländische Kreise, u. a. die N. D. Handelsmaatschappij „Cuba“, Den Haag und die N. D. Houtindustrie „Picus“, Eindhoven, mit der Mehrheit der Aktien beteiligt. Ob jetzt, nachdem die holländischen Mitglieder des Aufsichtsrates ausgeschieden sind, noch eine holländische Beteiligung besteht und evtl. in welchem Umfange, ist unbekannt.

Auf Vollständigkeit wird diese Liste kaum Anspruch erheben und es dürfte schwierig sein, dieselbe zu erzielen, da die fraglichen Firmen selten ein Interesse an der Veröffentlichung solcher Beteiligungen haben.

Gründung eines Holztrufsts.

Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat am 1. 9. ein Gesetz über die Bildung eines Holztrufstes unter dem Namen „Nesoprom“ erlassen, der die gesamte sowjet-russische Holzindustrie vereinigen wird. Der Holztrufst wird zu den größten wirtschaftlichen Organisationen der Sowjetunion gehören und soll den gesamten Export sowjetrussischen Holzes auf dem Weltmarkte leiten. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat den ehemaligen Handelsvertreter in Estland, Smirnow, der früher auch Stellvertreter des Handelsvertreters in Berlin war, zum Bevollmächtigten ernannt.

(Fortsetzung von Seite 317)

besser von einem fleißigen und tüchtigen Arbeiter ausgefüllt werden können als von einem sonstigen Angestellten. Der Unterschied zwischen Kopf- und Handarbeitern, der an das überlebte gesellschaftliche Klassensystem unangenehm erinnert und nur zur Zerfetzung beitragen kann, widerspricht den natürlichen, tatsächlichen Verhältnissen und ist daher nicht mehr angebracht. Ein qualifizierter Facharbeiter muß heute mehr geistige Arbeit verrichten als so mancher Büroangestellter. Nun gibt es in der Industrie so viele Angestelltenposten, die mit der Fertigung in mehr oder weniger großem Zusammenhang stehen, das sind Arbeitsfelder, auf denen kraft seiner Präzision der tüchtige Facharbeiter gerade der geeignete Mann ist. Man vergesse nicht, daß der Arbeiter von heute nicht mehr der von früher ist, daß er über eine weit bessere Vorbildung verfügt, welche die Ausfüllung einer Angestelltenstellung voll gestattet. Es wäre ungerecht, wollte man dem tüchtigen Facharbeiter keine Beförderungsmöglichkeit geben und ihm so den Genuß der Vorteile der Angestelltenstellung vorenthalten, den doch selbst der unbedeutendste Angestellte hat. Die Wurzel der Arbeitsunlust im Betriebe liegt ja gerade darin, daß der Arbeiter keine Möglichkeit zum Weiterkommen hat, trotz größten Fleißes, Könnens und Wissens. Die Stetigkeit und Produktivität sowie die Einheitlichkeit des Betriebes könnten bei einer solchen Maßnahme nur gewinnen. —g.

Rundschau.

Südwestdeutsche Möbelmesse in Frankfurt a. M. Eine für den südwestdeutschen Wirtschaftsraum bedeutsame Veranstaltung fand vom 14. bis 17. September in Frankfurt a. M. statt: die Südwestdeutsche Möbelmesse. In der Form, in der sie jetzt vorliegt, ist die

Messe bekanntlich das Ergebnis einer Rationalisierungsaktion, insbesondere einer Verständigung zwischen der Frankfurter und der Kölner Möbelmesse, dahingehend, daß jede dieser Messen nur einmal jährlich, die Kölner im Frühjahr und die Frankfurter im Herbst stattfindet. Die darin liegende Konzentration des Angebots hat sich in einer außerordentlichen Verstärkung der Beschickung ausgewirkt. Gegen 350 Firmen sind diesmal auf der Messe vertreten und haben nahezu 700 Quadratmeter Bodenfläche belegt. Das ist mehr als das Doppelte der vorjährigen Möbelsachmesse und das Vielfache von dem, was als Möbelgruppe im Rahmen der früheren Allgemeinen Messen zusammenkam. Belegt sind sowohl Erdgeschöß wie Galerie der Festhalle, ferner der größere Teil des Erdgeschosses des anschließenden Hauses der Moden. Der Kreis der Aussteller ist mit alledem also weit gezogen. Ob etwa schon etwas zu weit, das wird sich zeigen müssen. 43 Prozent der Aussteller entfallen auf das eigentliche südwestdeutsche Gebiet, das damit wirklich nach Quantität und Qualität recht geschlossen repräsentiert wird. Den nächst größten Anteil haben Rheinland, Westfalen und das Gebiet der Detmolder Möbelindustrie mit zusammen 28 Prozent, es folgen Nord- und Ostdeutschland mit 18, Thüringen mit 10 und das Ausland mit 1 Prozent.

Die einheitliche Gestaltung der Stände in Ausstattung und Beschriftung und die Art der Ausnutzung der Räume verleiht der Messe einen stark ausstellungsartigen Charakter. In der Tat wird man auch gut tun, sie von vornherein als eine wirtschaftliche Fachausstellung zu betrachten, deren Hauptaufgabe es sein muß, neue Verbindungen zwischen Produktion und Handel zu schaffen und insbesondere auch der Möbelindustrie des süd- und westdeutschen Wirtschaftsgebietes die Gelegenheit zu geben, ihre hohe Leistungsfähigkeit anschaulich zu zeigen.

Räumlich und auch in ihrer Gliederung war die Ausstellung sehr gut untergebracht im großen Saale der Festhalle. Für den Besuch der Ausstellung waren im allgemeinen nur Wiederverkäufer zugelassen. In der Ausstellung sah man überwiegend Durchschnittsqualitätsware, daneben auch geringere Sachen. Ebenso waren gute und erstklassige Erzeugnisse, insbesondere von größeren Firmen, zu sehen. An kompletten Einrichtungen wurden vorwiegend Schlaf- und Herrenzimmer gezeigt, auch verhältnismäßig viele Kücheneinrichtungen. Die Aussteller rekrutierten sich neben einzelnen größeren Firmen aus mittleren und kleineren Fabrikanten. Wenn man die Ausstellung hinsichtlich der Stilrichtung der Erzeugnisse versucht zu überprüfen — sofern man bei den heutigen Formen überhaupt von einer Stilrichtung reden kann — kann man kaum eine bestimmte Linie der Stilrichtung erkennen. Einzelne Abteilungen waren durchaus sachlich modern gehalten. Dagegen findet man, in Form und Farbe, mehr „Mode“ als moderne Sachlichkeit, was zum Teil recht unnatürlich wirkt. Zweifellos wird hier der Mode eine starke Konzeption gemacht. Das praktische Ergebnis, d. h. die Geschäftsabschlüsse bei der Ausstellung werden verschieden beurteilt. Man hörte von guten und zufriedenstellenden Verkäufen. Andere Stimmen besagen, daß die Fortsetzung der Ausstellung in Frage gestellt sei, wenn der Aufwand an Geschäftskosten für die Ausstellung keine besseren Geschäfte bringt. Im ganzen war das Geschäft zweifellos beeinflusst von der augenblicklichen gespannten politischen und wirtschaftlichen Situation.

Aufklärung durch die Lohntüte. „Helf, was helfen kann,“ fürs Geschäft natürlich, heißt heute der Wahlspruch für manche Geschäftsmacher. So macht ein Verlag für Verkehrsreklame in Bochum-Langendreer Reklame für seine Lohntüten, denen rückwärts Aufklärungsartikel aufgedruckt werden sollen, die über die Wirkungen unserer heutigen Sozialversicherung und die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge unserer gegenwärtigen Wirtschaft aufklären wollen. Wie diese Aufklärung aussieht, kennzeichnen die folgenden Worte der Werbeschrift:

„Brennend ist die Frage der Reform unserer heutigen Sozialversicherung. Die Preisbildung hängt heute mehr als je zuvor von der Höhe der sozialen Lasten ab. Die durch letztere verursachte Belastung der Wirtschaft ist derart einschneidend, daß das Problem der Preissenkung kaum ohne weitgehendste Revidierung dieses Gesetzes gelöst werden kann. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen gleich schwer an diesen Lasten, die das Gesetz ihnen aufbürdet und die durch gewissenlose Ausnützung für beide Teile ins unerträgliche gestiegen sind. Für unsere gesamte Wirtschaft heißt daher das Gebot der Stunde: Aufklärung und Belehrung. Der Weg zu einer parteipolitisch und gewerkschaftlich unbeeinflussten objektiven Belehrung geht über die Lohntüte! Der fürsorgliche Familienvater und einsichtige Arbeitnehmer nimmt seine Lohntüte mit nach Hause. Er und seine Familie sind die Schrittmacher für eine gewissenhafte Inanspruchnahme der sozialen Einrichtungen. Es kommt hinzu, daß in vielen Fällen die Lohntüte zum Zwecke des Steuernachweises aufbewahrt werden muß. Durch gleichzeitige, laufende Veröffentlichung wechselnder Unfallverhütungsbilder aller Berufsgenossenschaften wird die Rückseite erfahrungsgemäß dauerndes Interesse behalten und Vertrauen erwecken. Dem Einfluß des den Massenegoismus züchtenden Gewerkschaftssekretärs entzogen, nimmt der Arbeiter die Beispiele und Mahnungen in sich auf und kommt auf die Dauer zu der Erkenntnis, daß die steigenden Lasten auch ihn schädigen müssen. Auf diese Weise wird der Einzelgoismus geweckt, durch den aber dann die gewissenlose Ausbeutung der sozialen Einrichtungen in den eigenen Reihen bekämpft wird. Nach einer getroffenen Vereinbarung mit der Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse, Dresden-S., liefere ich Lohntüten mit

kurzen, monatlich wechselnden Artikeln sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Inhalts auf der Rückseite. Hervorragende Mitarbeiter der G. D. K. werden in geschickter Form diese Frage behandeln. Die Abfassung der Aufklärungspropaganda erfolgt in Form von Artikeln, Schlagworten und in sonstiger Darstellung derart, daß dem Arbeiter stets sein eigener Vorteil vor Augen geführt wird.“

Man kann gespannt darauf sein, welche Betriebe diese Art der Aufklärung zuerst übernehmen werden, um die Arbeiter gegen die Sozialversicherung und die Gewerkschaften aufzuheken. Wir hoffen, daß die Arbeitgeber eine solche Art der Aufklärung geschlossen ablehnen werden. Die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist ohnehin groß genug, als daß sie durch solche Methode noch vergrößert werden muß. So einseitig sind die Arbeiter auch nicht, wie sie die Verkehrsreklame hinzustellen sucht. Sie wissen besser, was ihnen frommt. Auf einen solchen Leim der Aufklärung fallen sie gewiß nicht herein. Viel verdienstvoller wäre es deshalb, statt neue unüberbrückbare Klüfte zu schaffen, goldene Brücken zu bauen, auf denen eine Versöhnung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich vollziehen könnte. Das wäre auch unzweifelhaft eine verdienstvollere Verkehrsreklame.

Eine Erinnerung. Ende August waren hundert Jahre seit dem Tag vergangen, an dem in England die in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter in einem wilden Aufruhr die verhassten Dreschmaschinen zertrümmerten. Sie steckten in der Nacht die auf den Feldern liegenden Getreideschober in Brand. Farmer und Grundbesitzer erhielten Tag für Tag Drohbriefe, die mit dem geheimnisvollen Namen „Swing“ unterzeichnet waren, ein Name, der im ganzen Lande Furcht und Schrecken verbreitete.

Die Forderung, die die revoltierenden Arbeiter für die Wiederaufnahme der Arbeit stellten, bewegte sich zwischen zwölf und fünfzehn Schilling. Die Blätter machten die französische Revolution, die Radikalen, die Jesuiten und insbesondere die Heftschriften William Cobbetts für die Revolte verantwortlich, die erst im November 1830 unterdrückt werden konnte.

Abgesehen von den Brandstiftungen, für die sechs Männer und junge Burschen den Tod am Galgen erlitten, verurteilten die Gerichte drei weitere Menschen zum Tode, und über 457 Männer und Burschen wurden mit Verbannung bestraft. Außerdem wurden weitere 400 Empörer zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Der Aufruhr war entstanden, weil die Arbeiter ihre Existenz durch die landwirtschaftlichen Maschinen bedroht sahen!!

Berichte aus den Zahlstellen.

Waldershof. Am 18. September starb der Kassierer unserer Zahlstelle, Michael Matthes, nach längerer schmerzhafter Krankheit. Seit Bestehen der Zahlstelle hat er ununterbrochen die Kassengeschäfte in musterzüglicher Weise geführt. Auch war er Gründer der hiesigen Baugenossenschaft, deren umfangreichen Kassengeschäfte und Buchführung er ununterbrochen und unentgeltlich geführt hat. Außerdem betätigte er sich noch in einer Reihe anderer, uns nahe stehender Organisationen. Überall, wo es galt, die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen, war unser Matthes zur Stelle. Ihn beseele ein echt christlicher Gewerkschafts- und Gemeinschaftsgeist, ein Vorbild für alt und jung. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

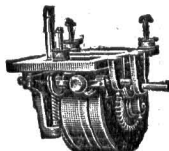
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur: Postkontonto 7718 Köln.

Die Fachschrift
die jeder strebsame
Tischler haben muß
Handwerkskunst im Holzgewerbe
Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich
Bestell. bei Postanstalten oder direkt
VERLAG-KÖLN · VENLOERWALL 9

Sprechmaschinen-Laufwerke
in allen Preislagen.
Hobel

z. Selbst- einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummiunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-Schalldose nur **Mark 26**—
Versand p. Nachnahme, Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franco vor

Robert Husberg - Neuenrade i. W. 9
No. 9



Ich stelle noch einige
**perfekte Fertiger
1 Maschinenpolierer u.
1 perfekter Spritzer ein**
Bernhard Bartels
Spezialfabrik
für kaukasisch-Nußbaum-Speisezimmer
Langenberg i. Westf., Kr. Wiedenbrück